



Tagesordnung I Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 6. September 2018

Antrags-Nr. 18-F-05-0017

Hebammenversorgung in Wiesbaden zukunftssicher gestalten - Antrag der Fraktion FDP vom 11.04.2018 -

Wiesbaden hat derzeit, wie andere Großstädte auch, mit einem gravierenden Hebammenmangel zu kämpfen - und das bei steigender Geburtenzahl. Zu Beginn, während und bei der Nachsorge einer Schwangerschaft treten für viele werdende Mütter und Väter Fragen auf. Die größte Schwierigkeit für Schwangere besteht darin, für die Geburtsvorbereitung und die Wochenbettbetreuung eine freiberuflich tätige Hebamme zu finden. Da es keine zentrale Servicestelle gibt, müssen Schwangere mühsam die einzelnen Kontakte recherchieren und einzeln abtelefonieren.

Wochen- und teilweise monatelange Wartezeiten auf einen Hebammentermin sind die Regel (keine Seltenheit). Nicht nur für Schwangere, sondern auch für die Hebammen selbst bedeutet dies eine große Belastung, da die mit diesem Missstand verbundenen, meist sehr emotional geführten, Gespräche Kraft und auch Zeit kosten. Die Problematik könnte in dieser Hinsicht zum einen durch die Einrichtung einer SERVICESTELLE (ohne Büro), als auch die Einrichtung einer INTERNETPLATTFORM behoben werden, wenn umfassende Informationen zu allen eine Schwangerschaft betreffenden Fragen zentral abrufbar wären. Ein solches Angebot wäre eine große Hilfe und ein wertvolles Serviceangebot für Schwangere auf der einen Seite und auf der anderen auch eine deutliche Entlastung der Hebammen von zeitraubenden Telefonaten - Zeit, die ihnen bei der Betreuung von Schwangeren fehlt. Darüber hinaus könnten auf einer Internetplattform auch alle weiteren Informationen und Angebote für schwangere Frauen veröffentlicht werden, so dass der mühsame Findungsprozess durch eine digitale und zeitgemäße Präsentation ersetzt werden könnte

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Servicestelle und eine Internetplattform eingerichtet werden könnten, um die Angebote von Hebammen und den Bedarf von schwangeren Frauen zu koordinieren:

- a. Eine zentrale SERVICESTELLE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
 - festgelegter telefonischer Erreichbarkeit
 - regelmäßiger Notfallsprechstunde
 - Koordination von Notfallhausbesuchen
 - Organisation Urlaubs- und Krankheitsvertretungen der Hebammen
 - Kontaktstelle bzw. Ansprechpartnerin für Gynäkologen, Geburtskliniken, Kinderärzte und Beratungseinrichtungen.

- b. Eine zentrale INTERNETSEITE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
 - Bereitstellung aller erforderlichen Informationen zu Wiesbadener Hebammen sowie zu Schwangerschaft, Geburt und Wochenbettbetreuung.

-
- Übersichtliche Darstellung von Geburtskliniken und -häusern, Gynäkologen, Beratungseinrichtungen und Leistungen der Krankenkassen
 - Übersichtliche Darstellung von einschlägigen Kursangeboten
 - Mehrsprachige Präsentation der Informationen für Schwangere mit Migrationshintergrund
-

Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, L&P, FW/BLW und LKR/ULW vom 06.09.2018:

„Nach Überweisung der Haushaltsmittel „Hebammenförderung - Umsetzung Runder Tisch“ an die kommunale Frauenbeauftragte, wird diese damit beauftragt, das von dem Runden Tisch Frauengesundheit erarbeitete Konzept zur Hebammennotfallversorgung und Umsetzung einer Servicestelle in Wiesbaden - welches bereits in der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vorgestellt wurde und auch bereits durch bestehende Beschlusslage des Ausschusses für Soziales (Beschluss Nr. 0052 vom 18.04.2018, SV-Nr. 18-F-05-0017) getragen wird - im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel schnellstmöglich umzusetzen.“

Beschluss Nr. 0384

Der Beschluss des Ausschusses Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0061 vom 28.08.2018 wird ergänzt um den Antrag von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, L&P, FW/BLW und LKR/ULW vom 06.09.2018 in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Gelder bzw. die Haushaltsmittel zur Hebammenförderung von Dezernat III/Amt 53 an das Dezernat I/F (Referat Kommunale Frauenbeauftragte) zu übertragen.
2. Nach Überweisung der Haushaltsmittel „Hebammenförderung - Umsetzung Runder Tisch“ an die kommunale Frauenbeauftragte, wird diese damit beauftragt, das von dem Runden Tisch Frauengesundheit erarbeitete Konzept zur Hebammennotfallversorgung und Umsetzung einer Servicestelle in Wiesbaden - welches bereits in der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vorgestellt wurde und auch bereits durch bestehende Beschlusslage des Ausschusses für Soziales (Beschluss Nr. 0052 vom 18.04.2018, SV-Nr. 18-F-05-0017) getragen wird - im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel schnellstmöglich umzusetzen.

(Ziffer 1 Beschluss des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0061 vom 28.08.2018, Ziffer 2 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0383 vom 06.09.2018)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2018

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2018

1. Dezernat VI i. V. m. Dezernat III und I/F zu Ziffer 1
2. Dezernat I/F zu Ziffer 2
mit der Bitte um weitere Veranlassung

3. Abdruck:
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister